

Volksinteressen

Politische Entscheidungen müssen für das Volk transparenter werden.

Es darf nicht am Volk vorbei regiert werden. Wichtige Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein. Gesetze müssen zum Wohle des Volkes gemacht werden und nicht zum Wohle bestimmter Lobbygruppen.

Ehrlichkeit, Aufmerksamkeit und Achtsamkeit müssen wieder im Vordergrund stehen.

Der Volkswille und das Volksinteresse müssen wieder mehr Beachtung finden.

Volksabstimmungen bei schwerwiegenden, wichtigen Themen für Deutschland, wie es z. B. in Österreich oder der Schweiz gemacht wird.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Die AViP setzt sich deshalb für einen branchenabhängigen Mindestlohn ein. Man muss wieder von einem Lohn leben können, ohne mehrere Jobs zusätzlich machen zu müssen.

Mehr Wertschätzung und bessere Löhne für Sozial-/Pfleger- und Sicherheitsberufe. Erhöhung der Attraktivität von Berufen mit zentralen Aufgaben zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft, wie z. B.

- Förderung und höhere Anerkennung für Berufsgruppen, wie z. B. Polizei, Feuerwehr und THW.
- Förderung der Anerkennung ehrenamtlicher Helfer für unser Land.
- Förderung der Attraktivität sozialer Berufe (Pflegepersonal), wie z. B. Krankenschwestern/Pflegern, Pflegebedienstete, Ärzte, Psychologen und Sozialpädagogen.
- Es darf keine hohen Versicherungsprämien für Hebammen geben. Das Berufsbild der Hebamme darf im Interesse unserer Gesellschaft wegen zu hoher Versicherungsprämien nicht aussterben.

Mehr Sicherheit und Schutz der Bürger im Öffentlichen Leben vor Aggressionen, wie z. B. in Bahnhöfen und anderen Öffentlichen Bereichen.

Reduzierung der Vormundschaft der EU

Wir sind klar für ein Vereintes Europa. Es kann aber nicht sein, dass Brüssel Deutschland mit etlichen Gesetzen und Vorschriften bevormundet.

Die Brüsseler Administration hat die europäischen Regierungen mit tausenden Gesetzblättern, Verordnungen und Vorschriften zugestülpt, die es alle zu befolgen gilt. Andernfalls drohen hohe Vertragsstrafen. Alles wird von Brüssel reglementiert.

Es ist ein Wunder, dass trotz dieses lähmenden Gesetzesdschungels der Bundestag ab und zu wieder eigenständige Gesetze durchbringen kann.

Als ein weiteres Problem kommt hinzu, dass bezüglich der wichtigsten Fragen, die Volksvertreter im Bundestag oft relativ wenig Ahnung haben.

Nach dem Gesetz soll jeder Volksvertreter unabhängig sein und nach eigenen Gewissen entscheiden können. Leider wird dieser sehr wichtige demokratische Grundsatz sehr oft nicht eingehalten.

Die Vorgänge in der Welt sind inzwischen sehr kompliziert geworden, so dass viele Volksvertreter die vielfältigen, komplexen Vorgänge oft nicht mehr durchschauen und verstehen.

Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, haben die Parteien unterschiedliche Arbeitskreise ins Leben gerufen, auf die sie ihre Abgeordneten verteilen.

In solchen Expertengruppen fallen dann die Entscheidungen, die später von den Parteimitgliedern im Bundestag brav abgenickt werden. Auch die wesentlichen Fragen unserer wirtschaftlichen Zukunft werden hier von wenigen Spezialisten bestimmt. Das Problem ist aber, dass diese ausgewiesenen Wirtschaftsexperten oft im Fokus der Kapitallobby stehen. Es besteht also immer die Gefahr, dass die Offenheit der Entscheidungsstrukturen kriminelle Energien freisetzen könnten (z. B. heimliche Bestechungen oder auch offene Zuwendungen in Form von lukrativen Aufsichtsratsposten, Beraterverträgen, Vortragsreisen etc.).

Die AVIP fordert deshalb:

- Beschränkung des Einflusses bestimmter starker Lobbygruppen auf die Volksvertreter im Bundestag. Manche Gesetze werden von den Lobbygruppen ja schon fast vordiktiert.
- Anwesenheitspflicht für Abgeordnete.
- Keine Einschränkung des Rederechts des Parlamentarier durch die eigene Partei. Auch wenn es gegen die Interessen der eigenen Partei ist. Denn Parlament heißt Parlament, weil dort parliert, also geredet werden soll. So viel, so klug, so Streitig und so überzeugend wie möglich. Das Parlament ist, der Idee und dem Papier des Grundgesetzes nach, der freieste Ort, den man sich vorstellen kann.
- Geheime Abstimmung im Bundestag. Der wirkliche freie Wille des Abgeordneten muss entscheiden. Der Abgeordnete darf keiner Parteidisziplin unterliegen.

Wir Bürger erwarten von den Parteien neue Ideen und Visionen, die Deutschland für die Zukunft fit machen und nach vorne bringen.

Offene und ehrliche Politik, eine bürgernahe und transparente Verwaltung, soziale und gerechte Politik müssen im Vordergrund stehen.

Weiterhin fordert die AVIP:

- Gegen Kaufkraftverlust von Renten, Gehältern und Reallöhnen trotz boomender deutscher Wirtschaft. Die allgemeine Lebensqualität muss erhalten bleiben und weiter gefördert werden.
- Keine Verschönerung der Arbeitslosenstatistik.
- Kündigungsschutzgesetz muss beschäftigungsfreundlicher werden.
- Effektivere Maßnahmen für Arbeitslose.
- Abschaffung kreiseigener Träger. Kreiseigene Träger werden vom Staat finanziert und werden bei Ausschreibungen bevorzugt, da sie andere Preise anbieten können als wirtschaftliche Unternehmen.

Das untergräbt die Wettbewerbsfähigkeit und schafft ein Ungleichgewicht. Viele Bildungsträger im sozialen Bereich können dem Konkurrenzdruck nicht standhalten und müssen schließen. Um Arbeitsplätze im sozialen Bereich zu sichern und wieder für Arbeitnehmer lukrativ zu gestalten, muss der Wettbewerb für alle Beteiligte gleich sein.

- Optionskommunen, Jobcenter und Arbeitsagenturen sollen eigenständig die Entscheidungen über den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente hinsichtlich der Verwendung der Haushaltsmittel und der Entwicklung geeigneter Instrumente für die Integration Erwerbsloser treffen (schnellere Reaktionsfähigkeit, Förderung von Innovation).

Derzeit wird die Entscheidung darüber zentral aus Nürnberg gesteuert. Eine schnellere Reaktionsfähigkeit auf regionale Bedürfnisse ist deshalb nicht gegeben. Innovative Projekte, die nachweislich eine bessere Integrationsquote in Arbeit vorweisen können, sollen Vorrang haben, auch wenn vorgefertigte Maßnahmen günstiger sind. Für den Steuerzahler ist unser vorgeschlagener Weg langfristig günstiger. Qualität statt Quantität.

Autofahrer und Verkehr

Erhöhung der Pendlerpauschale.

Erhebliche Steuerentlastung für den Pendler. Die Pendler hätten eine höhere Steuerentlastung dringend nötig.

Viele können sich bald die Fahrt zur Arbeit mit dem Auto nicht mehr leisten. Die Schmerzgrenze ist erreicht. Dabei wird von Arbeitnehmern heute zunehmend Mobilität verlangt.

Erhöhte Kosten für Treibstoff heißt auch Entzug von Kaufkraft für die Binnenkonjunktur. Industrie und Spediteure werden die erhöhten Preise umlegen, d. h. Verbraucherpreise werden steigen.

Sprit muss bezahlbar sein bzw. Auto fahren muss preisgünstig sein.

Der Autofahrer darf nicht weiterhin die Melkkuh der Nation sein. Sinnvoll wäre eine Reduzierung der Steuern auf Sprit um 30 Cent. Das würde auch die Kaufkraft anregen, denn der Bürger hätte wieder mehr Geld in der Tasche.

Steuereinnahmen durch den Autofahrer

(z. B.: Kfz-Steuer, Mineralölsteuer, MwSt. etc.) müssen in den sicheren Straßenverkehr sowie den Erhalt des Straßennetzes sinnvoll investiert und nicht zweckentfremdet eingesetzt werden.

Die Gesamtsteuereinnahmen des Bundes an Autofahrern liegt bei über

50 Mrd. Euro. Die Verwendung für den Straßenbau bei weit unter

20 Mrd. Der Staat hat infolge von MwSt.- Einnahmen auf höhere Preise kein Interesse an niedrigem Preisniveau. Die Höhe der Treibstoffpreise wird mit viel Geschick fast ausschließlich den Mineralölgesellschaften angelastet.

Keine Naturvernichtung für Biosprit.

Grundnahrungsmittel sind für ärmere Völker bald nicht mehr bezahlbar.

Förderung von freien Energien

wie z. B. Magnetmotor, Magnetgenerator oder Windturbine.

Blitzer und Knöllchen

Gewöhnungseffekt an Einnahmen ist bei den Kommunen längst entstanden. In vielen Gemeinden werden jedes Jahr höhere Posten in den Haushalt eingeplant. Keine unnötigen Kontrollen auf deutschen Straßen und Autobahnen.

Tempo 30

Überhandnahme von 30 km-Zonen mit entsprechenden Blitzern. Gefahrenpotenzial oftmals nicht vorhanden. Daher Auffüllung des Stadtsäckels. Vielfacher Verstoß gegen vorhandene Richtlinien.

Ampelsteuerung

Manuell zu bedienende Fußgänger-Ampeln unterbrechen den Verkehrsfluss und verursachen unnötige Emissionen. Gleichschaltung mit dem Verkehrsfluss (Basis 50 Km/h) könnte Abhilfe schaffen und würde Fußgänger nicht benachteiligen.

Preislich angemessene Parkmöglichkeiten in den Innenstädten
(mehr Parkplätze und keine Abzocke)

Abschaffung von Umweltplaketten, stattdessen Förderung sauberer Motorentechnik (Elektro-, Wasser-, Gas, Barys-Systeme). Spezielle Förderung des Elektromotors.

Erklärung BARSY: Bioenergetische Abgas-Reduzierungssysteme.

Hier kommen Produkte und Geräte zum Einsatz, die durch ihre bioenergetischen Einflüsse den CO₂-Ausstoß verringern und dadurch die Abgase reduzieren. Sie sind teilweise bereits TÜV-geprüft.

Förderung von Carsharing

Carsharing sollte in Ballungszentren stärker gefördert werden.

Thema LKW

- Serienmäßiger Einbau von STANDKLIMAANLAGEN.

Wenn ein Fahrer im Sommer bei 30 Grad Pause machen muss, macht er wegen der Wärme kaum ein Auge zu und ist somit nicht ausgeschlafen. Fährt der Fahrer nach seiner Pause dann weiter, könnte es zum Sekundenschlaf kommen.

- Serienmäßiger Einbau von ACTIVE BRAKE ASSIST.

ACTIVE BRAKE ASSIST 3 kann Hindernisse vor dem LKW erkennen. Reagiert der Fahrer nicht, gibt das System Warnhinweise. Das System macht kurz vor dem Hindernis eine Vollbremsung und reduziert erheblich die Aufprallgeschwindigkeit. Viele Speditionen wollen Geld sparen und bauen die Systeme nicht ein. Daher sollten alle LKW-Hersteller diese Systeme direkt ab Werk einbauen.

- Sicherheit: Diebstahl von Ladung und Diesel.

Einbruch in die LKW-Kabine. Nachts wird Gas in die Kabine gesprüht und Fahrer betäubt. Geld, Kreditkarten, Ladung und Diesel wird geklaut. Deshalb wäre eine Überwachung der Parkplätze mit Kameras sinnvoll. Somit wären die Kennzeichen aller Fahrzeuge bei Ein- und Ausfahrt gespeichert. Das Problem in Deutschland ist in diesem Fall der Datenschutz. Z. B. in den Niederlanden sind diese Kameras erlaubt. In den Niederlanden reagiert die Polizei schnell, wenn auf den Parkplätzen Fahrzeuge auffallen. Der Diebstahl auf Parkplätzen hat dort stark nachgelassen.

Thema Motorrad

Im Vordergrund steht die grundsätzliche Anerkennung und Gleichstellung der Motorradfahrer mit allen anderen Verkehrsteilnehmern.

Insbesondere soll mit unserer Hilfe, die leider immer noch weitverbreitete Meinung vom rasenden und unvernünftigen Motorradfahrer reduziert werden.

Dabei sollen neue Sicherheitskonzepte erarbeitet werden. Das kann aber nur in enger Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten von TÜV, Kfz-Ingenieuren (insbesondere von

Motorradherstellern), Straßenbau-Fachleuten, Automobilclubs und Versicherten geschehen. Selbstverständlich sollen auch die medialen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. So wäre es sinnvoll, wenn auch die Fachleute der Print- genauso wie der Visualmedien zu Ihren Meinungen befragt werden.

Besonderen Wert legen wir auf einen regelmäßigen Austausch mit Motorradfahrern, die gerne über Ihre Erfahrungen berichten sollen.

Die Einrichtung einer Web-Site, auf der Ideen und Meinungen wiedergegeben werden, wäre da eine Möglichkeit.

All dies soll zu einer Verbesserung der Situation der Motorradfahrer führen. Leider geschehen immer wieder Unfälle mit Motorrädern auf Grund von nicht rechtzeitiger Wahrnehmung des herannahenden Motorrades. Man liest immer wieder: "Das Motorrad konnte ich nicht sehen, da es eine sehr kleine Silhouette hat."

Z. B. durch vermehrte Motorrad-Saison-Eröffnungshinweisen in den Zeitungen, dem TV oder den Radiosendern gepaart mit der Bitte, einer verstärkten gegenseitigen Rücksichtnahme wäre ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan.

Ein weiteres Thema sind die derzeitigen Regelungen bei Streckensperrungen für Motorräder. Das ist ein Punkt, bei dem die bestehenden Gesetze einer genaueren Überprüfung (Diskriminierung) bedürfen.

Die AViP unterstützt:

- Alternative Verbrennung im Motor.

Hier gibt es seit 40 Jahren Patente von der TH-Darmstadt und von Entwicklern der HHO-Wasserstofftechnik. Durch einfache Technik wie Elektrolyse wird Wasser H₂O in Sauerstoffgas -O und H₂ Wasserstoffgas aufgespalten, die dann in die Verbrennungskammer eingeleitet werden. Bis zu 100% einsetzbar.

- Wassermotor.

Die Erfindung eines Wassermotors ist eine Revolution, die es bereits gibt, aber immer noch unterdrückt wird. Steuereinnahmen wären dann weg!

- Ausbau und Verbesserung von Park- & Ride-Angeboten
- Förderung moderner, alternativer Technologien im eigenen Land
- Effiziente Verkehrsleitsysteme
- Koordinatives Abstimmen der Verkehrssysteme, z. B: zur Stauvermeidung
- Förderung von Kreiselsystemen
- Plakette für Autobahnen und Bundesstraßen einführen. Dafür aber Abschaffung der KfZ Steuer und damit Beteiligung der ausländischen PKW und LKW Flotte an unseren Kosten für den Straßenbau und die Erhaltung der Straßen. Deutschland ist ein Transitland!

Soziales

- Ausbau von Begegnungsstätten von Jung und Alt.
- Förderprogramme für Seniorenwohngemeinschaften (siehe Dänemark).

Deutschlands Bevölkerung wird immer älter. Die Zahl der 65- Jährigen wird in den nächsten zwei Jahrzehnten um 5 Millionen steigen. Wenn man niemanden im Alter hat, der sich um einen kümmert, bleibt oft nur der Weg ins Pflegeheim/Pflegestift.

Die Situation in vielen dieser Einrichtungen ist jetzt schon erschreckend. Man fühlt sich dort meist abgeschoben und vernachlässigt. Im Jahr 2030 werden in Deutschland 500.000 Pflegekräfte fehlen. Jeder kann sich jetzt schon ausmalen, dass die jetzt schon teilweise schlimme Situation im Pflegebereich dann zur Katastrophe wird. Deshalb sollte man sich nach Vorbild vieler skandinavischer Staaten, vor allem Dänemark, das Modell der Seniorenwohngemeinschaft genauer ansehen.

Beispiel:

Fünf ältere Menschen, im Alter von 70 und älter leben in einem Haus mit Garten, werden nonstop oder teilweise von einer Pflegekraft betreut. Die fünf Senioren haben leichte Beschwerden. Dadurch, dass sie sich untereinander unterstützen (z. B. Kochen, Garten, Zusammenleben etc.) fühlen sie sich wertvoller und sind noch mitten im Leben. Es herrscht auch keine Einsamkeit, somit werden Depressionen etc. vermieden. Falls gesundheitliche, schwerwiegende Probleme auftauchen, ist medizinische Versorgung sehr schnell verfügbar. Dieses Projekt ist allerdings für Demenzkranke ungeeignet.

In Dänemark ist das Leben in Seniorenwohngemeinschaften Gang und Gebe. In Deutschland ist die Pflegeheimlobby leider noch zu stark (meist reine Wirtschaftsunternehmen, die nur Profit machen wollen zu Lasten der Heimbewohner). Finanziell ist das Konzept der Senioren-WG bei weitem günstiger, an statt alle fünf Senioren in einem Pflegeheim leben würden.
(Ein genaues Konzept liegt vor).

Die Gesellschaft braucht 5-10 Jahre für die Umsetzung dieses Konzeptes. Diese Zeit wird auch benötigt, damit sich das gesellschaftliche Denken hin zur Senioren-WG verändert.

Die AViP fordert deshalb ganz massiv die Förderung von Seniorenwohngemeinschaften durch den Staat. Um die Suche nach geeigneten Mitbewohnern und geeignetem Wohnraum zu vereinfachen, müssen hier staatliche Stellen unterstützen, z. B. müssen Internetplattformen gefördert werden, die Wohngemeinschaften für Senioren kostenfrei vermitteln.

Des weiteren sollten die Häuser/Wohnungen barrierefrei sein. Es sollte auch ein passendes Angebot im Umfeld der WG an z. B. Einkaufsmöglichkeiten, Grünanlagen oder Kultureinrichtungen vorhanden sein. Der Staat sollte diesen Weg des Zusammenlebens noch intensiver finanziell unterstützen. Deutschland muss für die Zukunft fit gemacht werden, damit man sich im Alter in unserem Land wohl fühlt!

Weitere Forderungen der AViP

- Förderung von Mehrgenerationenhäusern.
- Menschenwürdig altern.
- Intensivdeutschkurse als Pflicht für Migranten zur Erhöhung der Integrationschancen.
- Sofortige Abschaffung der Herdprämie. Hier wird Integration boykottiert.

- Gemeinsames Sorgerecht auch bei unverheirateten Paaren.
- Keine Benachteiligung von Vätern in Sorgerechtsangelegenheiten.
- Toleranz und Versorgungsausgleich für Lebenspartnerschaften.
- Angepasste Bezahlung im Sozial-, Lehr- und Gesundheitsbereich.
- Hilfestellung zur besseren Imagegestaltung im Sozial-, Lehr- und Gesundheitsbereich.
- Massive Förderung der Pflegeberufe. Im Jahr 2030 werden in Deutschland laut einer Studie 500.000 Vollzeitkräfte im Pflegebereich fehlen. Wer jetzt in den Vierzigern oder Fünfzigern ist und die teilweise jetzt schon ziemlich schlimmen Zustände in manchen Pflegeheimen und Pflegestätten kennt, weiß, was auf ihn zukommt. Die AViP hat gerade hier sehr gute Programme, auch in Zusammenarbeit mit anderen Parteien entwickelt, um das zu vermeiden.

Ziel einer neuen und vernünftigen Pflegepolitik muss es sein, die Potenziale einer Gesellschaft des längeren Lebens zu nutzen.

Auf der einen Seite bleiben die Menschen länger gesund und sind leistungsfähiger, aber dadurch steigt auch der Anteil der älteren Bürger und so der Bedarf an Unterstützung und Begleitung im häuslichen Umfeld. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis zum Jahr 2030 bundesweit um ca. 50% zunehmen, während die Zahl der Menschen, die in der Pflege arbeiten, eher rückläufig ist. Ohne Statistiker zu sein, kann man erkennen, dass wir auf eine Pflegekatastrophe zusteuern.

Bund, Land, Kommune, Unternehmen und Gesellschaft sind hier deshalb massiv gefordert! Die AViP unterstützt und fordert neben dem Ausbau von Seniorenwohngemeinschaften und der Förderung von Mehrgenerationenhäusern folgende Punkte:

- Möglichkeit, für Pflegezeiten angemessene Rentenansprüche zu erwerben.
- Erhöhung der Attraktivität des Berufsbildes Altenpflege, z. B. durch die Ausfinanzierung der dreijährigen Ausbildungsphase im Rahmen einer normalen, vernünftigen, dualen Ausbildung.
- Übertragung von Verantwortung von notwendigen finanziellen Ressourcen für vorbeugende und familienunterstützende Angebote und Leistungen von der Bundesebene auf die Kommunen.
- Erleichterung der Nachqualifizierung zur Sicherung des Fachkräftemangels in der Pflege.
- Schrittweise Angleichung der stationären und ambulanten Sachleistungen in Pflegestufe 1 und 2.
- Mehr Unterstützung von Freiberuflern, die ihre Angehörigen pflegen. Beispiel: In der Zeit, in der ein Freiberufler in seinen eigenen vier Wänden einen kranken Menschen pflegt, gehen normalerweise die Umsätze des Freiberuflers zurück.

Die Krankenkasse des Pflegebedürftigen zahlt nun einen Betrag x in die gesetzliche Rentenversicherung für den Freiberufler, um den Freiberufler so zu unterstützen. Die meisten Freiberufler haben aber nicht vorher in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt, sondern haben private Absicherungen bzw. Versicherungen, in die sie jahrelang eingezahlt haben. Dem Freiberufler wäre also sehr geholfen, wenn er für seine privaten Renten/Lebensversicherungen finanzielle Unterstützung bekommen würde, da die Kosten hier ja weiterlaufen. Allerdings sollte die Police des Freiberuflers schon mind. 5 Jahre laufen.



AViP - Autofahrer- und Volksinteressenpartei

Leider schalten die Krankenkassen der Pflegebedürftigen hier auf stur und weigern sich, den Freiberufler durch Einzahlungen in seine privaten Policen zu unterstützen.

Würden Freiberufler hier mehr Unterstützung bekommen, würden sie auch mehr ihre Angehörigen in den eigenen vier Wänden pflegen.

Wirtschaft

Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft.

Wir stehen zum Euro. Allerdings sind dringende Reformen notwendig, um den Euro und die Euroländer zu stabilisieren.

Der Euro hat für Deutschland viele Vorteile. Allerdings muss Deutschland für die Vorteile im Augenblick sehr viel deutsches Steuergeld in Euro-Krisenländer schicken.

Deutsche Steuergelder dürfen nicht dazu genutzt werden, um ausländische Banken und Zockerinvestoren zu sanieren.

Neben den Vorteilen für die Wirtschaft hat die EU und der Euro auch den europäischen Gedanken gefördert und dafür gesorgt, dass die Generation der Mittvierziger / Mittfünfziger die erste Generation ist, die keinen großen Krieg in Europa hautnah erleben musste, in den Deutschland involviert war. Dafür sollte jeder dankbar sein. Man muss sich einfach nur anschauen, welche Kleinstaatlichkeit und welche Verfeindungen vor der EU geherrscht haben.

Allerdings ist die EU auch ein viel zu aufgeblähter Wasserkopf geworden. Hier sollten dringend Reformen her, sonst macht sie sich langfristig mit teilweise unsinnigen Gesetzgebungen bei uns Europäern unglaubwürdig. Für uns stehen trotz aller Probleme des Euros der Europäische Gedanke und das Miteinander der Staaten im Vordergrund. Die Möglichkeit, ohne Probleme als Deutscher in anderen EU Staaten zu leben und Geschäfte zu machen, sich dort wohl zu fühlen, muss erhalten bleiben.

Dieser Europäische Gedanke ist auch durch die EU und den Euro entstanden, das sollten wir uns nicht kaputt machen.

Aber die AViP ist dafür bekannt, den Finger in die Wunde zu legen, nicht alles rosarot zu sehen. Wir fordern nicht nur Reformen, sondern haben auch finanzierbare Lösungsansätze und Konzepte. Man muss den großen etablierten Parteien in Deutschland auf die Finger schauen, Ihnen Dampf machen. Sind sie erst mal gewählt, kommt es oft zu Reformstau oder Lobbyistenpolitik und das darf nicht sein. Deutschland hat in sehr vielen Bereichen Reformstau, da die letzten Regierungen meist nur verwaltet haben und die wirklichen großen Probleme, die auf Deutschland in vielen Bereichen zukommen werden, nicht angepackt haben. Als Regierung sollte man sich auch mal Gedanken darüber machen, wie wir Deutschland so fit bekommen, dass wir in 20-30 Jahren einen guten Lebensstandard bzw. eine vernünftige Lebensqualität genießen können.

Weitere Forderungen:

Geldwertsicherheit.

Härte Kontrollen und Auflagen für Eurosünder.

Keine weiteren Fallschirme in Milliardenhöhe, ohne mehr Kontrolle der Geberländer. Wenn ich bei einer Bank einen Kredit aufnehme, um ein Haus zu kaufen, muss ich auch genauestens aufzeigen, wie meine Vermögenssituation ist. Außerdem schaut mir die Bank die nächsten Jahre auf die Finger.

Entwicklung vernünftiger Wirtschaftsankurbelungsmodelle für Euro- Krisenstaaten. Andauerndes Zahlen an die Krisenstaaten bringt nichts. Leider sind Zahlungen auch mit schmerzhaften Regelungen verbunden. Allerdings dürfen Einsparungen nicht nur den einfachen Bürger treffen, sondern es sollten Einsparungen in diesen Ländern alle Bereiche treffen.

Die AViP fordert für diese Krisenländer:

- 1) Sehr harte Gefängnisstrafen bei Korruption
- 2) Abbau der Vetternwirtschaft, gerade in Südeuropa.
- 3) Starker Abbau des aufgeblähten Staatsapparates. Beamte wurden ohne Sinn und Zweck zu Hunderttausenden eingestellt. Hauptsache, der Familienangehörige war abgesichert.
- 4) Vernünftige Grundstrukturen im Steuerrecht. Aufbau einer funktionierenden Steuerverwaltung und Kontrolle. Es kann nicht sein, dass z. B. sehr reiche Reeder in Griechenland nie Steuern bezahlt haben (gesetzlich verankert) oder Taxifahrer in Griechenland demonstrieren, da die Buchführung für sie eingeführt wird. Wenn man sieht, welche extremen Steuerbefreiungen und Schlupflöcher in den südeuropäischen Staaten existieren, braucht man sich nicht wundern, wenn diese Staaten jetzt fast zahlungsunfähig sind.
- 5) Es sind Milliarden an un versteuerten Geldern von Südeuropäern ins Ausland geflossen, z. B. Schweiz, England (London). Diese Menschen kokettieren sogar öffentlich damit und machen sich über Geberländer wie Deutschland lustig, dass wir unsere Steuergelder in deren Krisen-Heimatländer pumpen. Es muss eine nachträgliche Gesetzgebung in den Krisen-Euroländern geschaffen werden, damit die Gelder der reichen Südeuropäer nachversteuert werden. Die Namen und Zahlen der steuerflüchtigen Südeuropäer sind bekannt. Es geht hier um über hundert Milliarden.
- 6) Mehr Kontrolle der Banken in den Krisenstaaten.
- 7) Fakt ist, viele dieser Länder haben durch den Euro über ihre Verhältnisse gelebt. Jetzt muss man ganz vernünftig schauen, wie man diesen Ländern helfen kann, ohne dass die Bevölkerung in die Armut gedrückt wird. Wenn gesetzliche Grundlagen geschaffen worden sind und diese auch eingehalten wurden, muss man Anreize schaffen, um Unternehmen aus starken Ländern wieder in die armen Länder zu locken. Aber jeder Unternehmer braucht Planungssicherheit, vernünftige Infrastruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Die sehr langsame Bürokratie in diesen Ländern muss rapide beschleunigt werden.
Im Augenblick sehen wir da von Seiten der EU keine großen Visionen, Ideen oder Anstrengungen, vernünftige Förderprogramme in diese Ländern zu bringen. Die AViP hätte hier einige Konzepte, um die Wirtschaft dort anzukurbeln und die Stärken des Landes zu fördern. Im Schnitt muss man mit 5-10 Jahren rechnen, um die südeuropäischen Ländern wieder fit zu bekommen.
Die EU ist für uns im Augenblick in einem Standby-Reaktionsmodus. Die EU-Beamten reagieren meist nur, wenn ein EU-Land schon fast gegen die Wand gefahren ist und dann werden großzügig unsere Steuergelder verschleudert.
- 8) Aufbau von vernünftigen Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche. Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa muss dramatisch abgebaut werden.

Weitere Forderungen:

Aufbau einer vernünftigen, unabhängigen Ratingagentur in Deutschland/Europa.

Es kann nicht sein, dass wenige amerikanische Ratingagenturen, die eigene amerikanische Interessen vertreten, europäische Staaten wie ein Spielball herunterziehen.

Härteres Herannehmen von internationalen Zockerbanken.

Es darf nicht sein, dass wir Steuerzahler erst Banken retten und sich dann die Praktiken der Banker trotzdem nicht ändern. Die deutsche Regierung muss sich gegen Amerikaner und Engländer endlich besser durchsetzen.

Stabilität der Krisenländer.

Es ist notwendig, die Wirtschaft der Krisenländer zu stabilisieren, in dem die EZB den Euro stabil hält. Mittel der Stabilität dürfen aber nicht weitere Schuldeneinkäufe sein. So werden die Probleme nur in die Zukunft verlagert.

Rückzahlungsforderung/Sperre der Boni an Pleite-Banker

Deutsche Patente müssen in Deutschland bleiben.

Deutsche Patente haben das Land nur in Abstimmung und Genehmigung des Erfinders zu verlassen.

Mehr Mitspracherecht im Europäischen Rat.

Das Gewicht von Deutschland in der EU muss noch stärker werden. Wir sind die Zahlmeister von Europa, also wollen wir auch den Ton angeben und nicht alles akzeptieren.

Schaffung und Erhaltung einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur.

Es muss wieder Ziel der Gesellschaft sein, dass ein Arbeitnehmer mit seinem Gehalt/Lohn seine Familie ernähren kann. Es kann nicht sein, dass man in deutschen, teuren Großstädten 3 Jobs braucht, um zu überleben.

Förderung des Mittelstandes.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten harmonisieren. Wenn die Wirtschaft und die Unternehmen florieren, können/sollten Unternehmen ihren Mitarbeitern mehr zahlen. Gewerkschaften sollten hier mit vernünftigem Augenmaß immer in Verhandlungen gehen. Der Arbeitnehmer sollte bei guter Wirtschaftslage profitieren, allerdings sollte er auch flexibel sein, wenn die Auftragsbücher nicht so voll sind.

Fakt ist, der Mittelstand als Motor der deutschen Wirtschaft muss gefördert werden! Der Mittelstand ist die Basis unseres Wohlstandes. Etwa 99% aller Unternehmen in Deutschland sind Mittelständler. Der Mittelstand wird von über 3 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen repräsentiert. Wir reden hier von fast 50% aller Bruttoinvestitionen und fast 60% der Bruttowertschöpfung in Deutschland. Ca 70% aller Arbeitnehmer sind im Mittelstand beschäftigt und rund ca. 80% aller Auszubildenden werden im Mittelstand ausgebildet. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig der Mittelstand für Deutschland ist.

Deshalb fordert die AViP:

- Steuerrecht entkomplizieren. Somit auch niedrigere Steuerberaterkosten. Aufgrund der komplizierten Steuervorschriften braucht man immer mehr den Steuerberater, und die Rechnungen werden immer höher.
- Bessere Zahlungsmoral der kommunalen und öffentlichen Auftraggeber in Deutschland. Die schleppende Zahlungsmoral ist teilweise unzumutbar. So entstehen Liquiditätsengpässe beim Mittelständler! Zur Beseitigung organisatorischer Gründe für die verspäteten Zahlungen öffentlicher Auftraggeber muss ein konsequentes betriebswirtschaftliches Kreditorenmanagement in den Kommunen endlich eingeführt werden.

Vorschlag: Kommunale Rechnungen werden künftig durch die Sparkassen (an den die Kommunen/Kreise beteiligt sind) in normalen Zahlungszeiträumen überwiesen. Die Zinsen tragen dann die Kommunen selbst. Sie rechnen dann mit den Sparkassen direkt ab. So würde das Geld früher fließen.

- Die Kreditvergabepraxis bei Banken muss sich ändern. Der Mittelständler muss schnellstens leichter an Kapital kommen können. Hier müsste schnellstens Risiko- und Beteiligungskapital mobilisiert werden und im Rahmen von Betriebserhaltungsmodellen auch unkompliziert für Kleinbetriebe und in kleineren Beträgen erhältlich sein.
- Forderung nach Verbesserung der Ausrüstung der Polizei und Optimierung der Ausstattung der Gerichte. Die organisierte Kriminalität hat starke Ausmaße angenommen, der gewerblichen Wirtschaft wird so Schaden in Milliardenhöhe zugefügt.
- Sicherstellung der Energieversorgung zu verkraftbaren Preisen
- Außenwirtschaftsförderung. Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den gesamten Außenhandel. Ferner ist eine Förderprogrammerweiterung für kleine und mittelständische Betriebe besonders wichtig.
- Einführung des Strafbestandes der Amtsuntreue/Steuerverschwendung
Siehe z. B, Steuerverschwendung beim Bau des Berliner Flughafens.
- Wirtschaftsunterricht an allen Schulen. Wirtschaftsunterricht muss an den Schulen fester Bestandteil werden. Projekttag, Betriebsbesichtigungen, Gespräche mit Unternehmen, Praktika für Schüler langen nicht, um zu verstehen, wie Wirtschaft funktioniert. Nur wer weiß, wie Wirtschaft funktioniert, kann Entscheidungen für die spätere berufliche Ausbildung und den richtigen Lebensweg sachkundig treffen.
- Abbau nicht notwendiger Bürokratien, z. B bei Existenzgründern. Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern als primäre Anlaufstelle für Existenzgründer könnten die notwendigen Formalitäten und Erlaubnisse bündeln.

Arbeitslosigkeit

Hier müssen vernünftige Programme her.

- Bei Arbeitslosigkeit und Hartz4 könnten Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Abfallentsorgung, Dienstbotengänge in Gemeinden erfolgen.
- Weiterbildung mit praxisnahen Ausbildungsplätzen von Langzeitarbeitslosen. Arbeitslosigkeit von mindestens 5 Jahren sollte hier die Voraussetzung sein, sonst wird das Gesetz, wie bei den Minijobs, von den Unternehmen ausgehebelt. Hier könnte dem Mittelstand gezielt angeboten werden, von Arbeitslosigkeit betroffene Bürger, ob jung oder alt, mit laufzeitabhängigen Verträgen auszustatten. Die Sozialabgaben übernimmt der Staat. Zum Beispiel ein älterer Bürger, ab 57 Jahren, wird dann 5-7 Jahre gefördert, der Arbeitgeber zahlt keine Sozialabgaben, die übernimmt der Staat.
- Teilweise Einschränkungen von Minijobs. Branchenabhängig. Mittlerweile leben 5 Millionen Bürger nur noch von Minijobs. Der Grundgedanke wird hier von vielen Branchen missbraucht. Altersarmut, da im Berufsleben nicht ordentlich in die Rentenkasse eingezahlt wurde, ist die Folge. Große soziale Probleme für die gesamte Gesellschaft werden daraus erfolgen.
- Nötig ist eine intensive Zusammenarbeit mit dem Mittelstand.
- Um manchen Menschen das Leben in Hartz4 nicht schmackhaft zu machen, sollte man Hartz4 in Altersstufen staffeln.

Ein Beispiel: Junge Leute von 18-30 Jahren.

Staffelung des Hartz4 durch Arbeitseinsätze in städtischen Betrieben oder sozialen Institutionen als Schnupperkurse für bestimmte Berufsgruppen, die aber frei wählbar sind von den Beziehern von Hartz4. Dies soll nicht als Strafe gelten oder als Ersatz zur Leistung der Bezüge. Es soll einer erneuten Findung zum Berufsleben und zur Orientierung sein, welchen Beruf kann ich mir vorstellen. Das beinhaltet auch einen geregelten Tagesablauf und das Gefühl, sich wieder aktiv beteiligt zu haben, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, wenn auch unabhängig von der Höhe der Leistung. Dadurch wird die Leistungsfähigkeit aktiviert und man fühlt sich wieder wie ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft mit einer höheren Anerkennung durch Leistung. Psychischen Erkrankungen werden entgegengewirkt und vermieden.

Familie und Bildung

Bessere Familienförderung. Unterstützung und Förderung von Familienplanung und Kindererziehung. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter. Kinder bekommen muss noch mehr gefördert werden. Die Gesellschaft darf nicht kinderfeindlich werden. Wir brauchen eine kinderfreundliche Gesellschaft

Deshalb unser Schwerpunkt: Probleme, Wünsche und Zukunftsängste von jungen Menschen müssen in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt werden.

Umfragen bei der jungen Generation von 18-28 Jahren ergaben folgende erschreckende Ergebnisse. Politikverdrossenheit.

- Für junge Menschen gibt es nur noch inhaltslose Phrasen von der Politik.
- Werden nicht ernst genommen von der Politik.
- Die Zukunft der nächsten Generationen wird durch die hohen Staatsschulden verbaut.
- Sieht sich nur noch als Stimmvieh.
- Sinkende Glaubwürdigkeit der Politik.

Was will die AViP dagegen tun

- Das Misstrauen, die Unzufriedenheit, die Ablehnung, Glaubwürdigkeit und Interessenlosigkeit gegenüber dem politischen System ändern.
- Realisierbare Förderprogramme entwickeln und umsetzen.

Die Gesellschaft muss es wieder schaffen, den jungen Menschen eine vernünftige Grundlage, das Gefühl der relativen Sicherheit zu geben. Wenn ein Paar Kinder in die Welt setzen will, darf auch nach einer späteren Trennung der Alleinerziehende nicht in soziale Armut fallen, später gefolgt von Altersarmut. Schon über eine Million alleinerziehende Frauen sind davon betroffen. Sie werden mit großer Sicherheit mit Altersarmut konfrontiert. Solange die Gesellschaft nicht in der Lage ist, hier vernünftige Lösungsansätze zu bieten, werden junge Menschen immer weniger das Risiko einer Familiengründung eingehen.

Die soziale Absicherung bzw. Unterstützung sollte bei einer Trennung für alleinerziehende Mütter und Väter gewährleistet sein.

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb müssen dringend Lösungsansätze her.

Was kann man tun?

- Ausbau des Kita-Systems, mögliche Rund-um-die-Uhr -Betreuung, viel flexiblere Öffnungszeiten, 24 Stunden mögliche Betreuung, sogar Schlafplätze. Ehrenamtlich helfende Eltern sollten mehr unterstützt werden. Mittag- und Abendessen sollten angeboten werden. Größere Förderung von Erzieher/innen. KITA-Plätze müssen flächendeckend kostenlos sein.
- Förderung und Ausbau von Betriebskindergärten (z. B. SAP) durch den Staat. Auch die Möglichkeit, dass mehrere kleinere Unternehmen einen Betriebskindergarten zur Verfügung stellen, muss gegeben sein. Von den Arbeitnehmern wird Flexibilität gefordert, deshalb müssen auch Staat und Unternehmen einen Teil dazu beitragen. Somit auch relativ

AViP - Autofahrer- und Volksinteressenpartei

schnelle Wiedereingliederung ins Arbeitsleben. Arbeitnehmer können auch bei Schichtdienst und wechselnden Arbeitszeiten beruhigt zur Arbeit gehen, für's Kind ist gesorgt.

- Kindergartenplatz/Kindergartenbetreuung für jedes Kind muss sichergestellt werden. Beitragsfreie Kinderbetreuung.
- Sozialkassen werden durch schnellere Wiedereingliederung entlastet, die Gefahr der Altersarmut (durch längeres Einzahlen in die Rentenkasse) minimiert. Die Gefahr, dass gut ausgebildete Frauen ins Minijobraster fallen, reduziert.
- Weiter sollte für Alleinerziehende mit Kindern von 1-3 Jahren eine Grundsicherung von 950 Euro möglich sein. Finanzierung durch Abschaffung der Herdprämie, Einsparungen bei Rüstung, Subventionen und Entwicklungshilfe.

Bitte immer daran denken: Die Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft!

Weitere Grundlagen für eine Optimierung des Schulsystems:
Generell gilt für die AViP

- Schaffung eines einheitlichen Schulsystems. Zurzeit haben wir 16 Bundesländer und 16 Schulsysteme. Das ist Unsinn! Durch ein einheitliches Schulsystem kommt es zu einer Entlastung der Kultusminister der Länder und zu Bürokratieabbau.
- Moderne Technik in allen Schulen.
- Förderung aktueller Literatur in den Schulen. Vermeidung von Massenkopien und Zettelwirtschaft.
- Schule muss begreifbar für die Schüler sein.
- Möglichkeit von Ganztagschulsystem nach Finnischem Vorbild (Kantine und Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung). Sehr gut für Alleinerziehende.
- Patenschaften von Unternehmen für Schulen.
- Hochbegabtenförderung.
- Förderung von Eliteuniversitäten.
- Intensiv-Deutschkurse im Kindergarten
- Gleichstellung der Förderung für Schulen in privater Trägerschaft und freie Universitäten (kein Nachteil gegenüber staatlich geförderten, sofern die Qualität gesichert ist) zur qualitativen Verbesserung des Wettbewerbs.
- Einheitliche Entlohnung im Schulsystem. Gleiche Bezahlung von Beamten und Lehrbeauftragten Lehrern für dieselbe Tätigkeit.
- Förderung von christlichen Werten in der Gesellschaft
- "Entschleunigung des Lebens" durch Entspannung und Förderung des Bewusstseins z.B. mit Meditation, Förderung der Gesundheit, Bewusstseins und des Friedens zur Senkung der Kriminalität und zur Erhöhung der Kreativität

Außenpolitik

Frieden und Freiheit sollten im Mittelpunkt deutscher Außenpolitik stehen.

Folgende Schwerpunkte sollten die deutsche Außenpolitik kennzeichnen:

- Sicherung der Energieversorgung.
- Klimawandel.
- Regulierung und Beruhigung der internationalen Finanzmärkte.
- Dauerhafte Mitgliedschaft in der EU und der NATO.
- Schutz deutscher Bürger im Ausland.
- Stabilisierung der Europäischen Gemeinschaft und des Europäischen Gedankens.
- Stärkung der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands in der Welt durch deutsches Wissen, deutsche Firmen und deutsche Patente. Enge Zusammenarbeit von Außenministerium und der deutschen Wirtschaft ist hier erforderlich.
- Förderung der sozialen Sicherheiten in der Dritten Welt (Friedensgrundlage).
- Einhaltung der Menschenrechte im Ausland.
- Die Außenpolitik Deutschlands muss für die deutsche Bevölkerung klar ersichtlich sein. Deutschland darf nicht zum Spielball anderer Großmächte werden und in Kriegsschauplätze reingezogen werden, bei denen es nur um Rohstoffvorkommen geht. Die Sicherung der Energieversorgung Deutschlands muss ohne Kriege, auch in Zukunft, sichergestellt sein. Denn trotz Bündnistreue sollte man immer wieder militärische Auslandseinsätze Deutschlands hinterfragen. Gerade deutsche Militäreinsätze sorgen oft für innenpolitische Kontroversen.
- Stabilität, Kontinuität und Berechenbarkeit sollten in der Außenpolitik im Vordergrund stehen.

Steuerpolitik

Die AViP fordert eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts.

Eine Steuerreform ist in Deutschland dringend notwendig!

Einfach, übersichtlich, klar sollte sie für Bürger und Unternehmen sein.

Wir Bürger leiden unter dem Eindruck, zu viele Steuern zu zahlen, schon einfach deshalb, weil kaum einer weiß, welche Ausnahmeregelungen es gibt. Es ist nicht mehr verständlich, nicht mehr nachvollziehbar für uns Bürger. Die ständigen Änderungen am Steuersystem machen auch eine verlässliche Planung für Unternehmen kaum möglich.

Das heißt, dass Steuersystem muss dringend vereinfacht werden.

Die AViP plädiert deshalb für viel weniger Ausnahmeregelungen und Steuerschlupflöcher für den Bürger, dafür werden aber im Gegenzug die Steuersätze richtig gesenkt!

Wir sind für die Einführung des dreistufigen Steuersatzes.

Jede Person erhält einen einheitlichen Grundfreibetrag von 9000 Euro, so dass eine Familie mit zwei Kindern erst ab einem Einkommen von 36.000 Euro (4 x 9.000) steuerpflichtig ist.

Somit gilt:

Ein Eingangssteuersatz von 12% gilt ab 9.000 Euro Jahreseinkommen.

Ab 20.000 Euro Jahreseinkommen greift der Steuersatz von 28%

Ab 50.000 Euro Jahreseinkommen greift der Steuersatz von 42%

Steuervergünstigungen und Freibeträge werden durch einen einheitlichen Arbeitnehmerfreibetrag von 1.000 Euro ersetzt.

Die niedrigen Steuersätze sollen somit durch Streichung der Ausnahmetatbestände gegenfinanziert werden und damit das Steuerrecht so vereinfacht werden. Z. B. Abschaffung des Sparerfreibetrages, starke Reduzierung des Arbeitnehmerpauschbetrages usw.

Die einzigen Ausnahmen:

- Pendlerpauschale bleibt erhalten.
- Steuervergünstigungen für Behinderte/Schwerbeschädigte bleiben erhalten.
- Der steuerliche Spendenabzug für mildtätige, kirchliche, wissenschaftliche, parteiliche und gemeinnützige Zwecke bleibt erhalten.
- Die Versorgung von Unterhaltsberechtigten soll steuerlich abzugsfähig bleiben.
- Die Tarife sollen alle zwei Jahre der Geldentwertung angepasst werden.

Das Einkommenssteuerrecht soll nur noch vier Steuerarten haben.

- Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit.
- Einkommen aus nicht selbstständiger Tätigkeit.
- Einkommen aus Kapitalerträgen.
- Einkommen aus Sonstiges.

Bei der Unternehmenssteuer soll die Körperschaftssteuer 20% auf aufgeschüttete, fortgeschriebene Gewinne betragen.

Gewerbsteuer bleibt erhalten.



AViP - Autofahrer- und Volksinteressenpartei

Veräußerungsgewinne, etwa aus vermieteten Immobilien oder Wertpapieren sollen grundsätzlich mit 18% besteuert werden.

Davon ausgenommen sind Wirtschaftsgüter, die ausschließlich der Privatsphäre zuzuordnen sind, z. B. selbst genutzte Immobilien.

Kapitaleinkünfte, die nicht Dividendenzahlungen sind, sollen zunächst direkt an der Quelle mit 20% besteuert werden. Die endgültige Belastung soll dann erst bei der Steuerveranlagung festgestellt werden.

Kapitalgesellschaften sollen für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne einheitlich 25% Steuern zahlen.

Gesundheit und Sport

- Präventivkostenübernahme (vorbeugende und aufklärende Maßnahmen über die Krankenkasse). Mehr Wert auf Aufklärung und Vorbeugung legen.
- Grundversorgung muss garantiert sein.
- Spenderausweis aber keine Pflicht (Forcierung, Aufklärung, Werbung, kostenlose Typisierung).
- Offenlegung von Honorarrechnungen.
- Personal (Pflegerin/Pfleger, Schwestern) müssen mehr Beachtung finden. Viel mehr berücksichtigt werden, d. h. früherer Renteneintritt, bessere Entlohnung, mehr Urlaub. Auch Anreize von Umschulungen.
- Mehr Unterstützung von Familienangehörigen, die Angehörige pflegen.
- Einschränkung der Mitsprache der Pharmalobby.
- Ausbau der Natur- und Alternativheilung.
- Mehr staatliche Kontrollen für Pharmaprodukte auf Nutzung und Wirksamkeit. In Zukunft ohne manipulierte Einflussnahme durch die Pharmaindustrie.

Keine Patente auf Saatgut, Lebensmittel und Tiere. Hier werden die Interessen der Mehrheit der europäischen Pflanzenzüchter, der europäischen Bauernverbände und der Verbraucher missachtet.

Das Europäische Patentamt (EPA) handelt hier aus unserer Sicht und nach der Meinung vieler Verbände nicht zum Wohle der Bürger, wenn sie solche Patente vergibt.

Durch dadurch entstehende Marktkonzentrationen, wird auch langfristig die Patentierung von Leben vorangetrieben.

Die Sicherung unserer Ernährungsgrundlagen gerät in vollständige Abhängigkeit von wenigen internationalen Konzernen (z. B. bei Gemüse existiert schon die große Gefahr) Das darf nicht sein!

- Entbürokratisierung der Krankenkassen (evtl. Teilzusammenlegung)
 Faire Kassen mit fairen Beiträgen und fairem sowie gutem Service.
 Krankenkassen sollten zusammengeführt werden, eine Entbürokratisierung stattfinden und eine Vereinfachung der Bearbeitungen von Leistungen. Weniger Bürokratie, dafür mehr Sachbearbeiter, die vor Ort entscheiden dürfen und dem Menschen mit seiner Anamnese im gesamten beurteilen und dann entscheiden, welche Leistung angebracht ist, unter Kosten-Nutzen-Abwägung.
 Die Bürokratie würde nicht soviel Geld verschlingen und es würden Arbeitsplätze entstehen, die den Patienten und Gesundheitsberufen nutzen. Man braucht in Deutschland doch nicht um die hundert Krankenkassen, die alle ähnlich entscheiden, weil sie die gleichen Richtlinien haben.
 Man sollte Berufspakete knüpfen, als Richtlinie, da jeder Beruf ein anderes typisches Krankheitsbild hat und deshalb andere Gesundheitsentscheidungen erfordert.

- Festes und klar definiertes Medizinsystem. Mit der Gesundheit sollte man kein Geschäft betreiben.
- Interessenverbände mit ins Boot holen, um die Gesellschaft wenigstens für die Zukunft fit zu machen, z. B., DRK, ASB etc.
- Kostenlose Ausgabestellen für unverbrauchte, noch haltbare Tabletten

Beispiel: Ein Patient bekommt vom Arzt ein Medikament verschrieben, z. B. 100 Tabletten Blutdrucksenker. Er reagiert allergisch darauf, hat aus der Packung nur 12 Tabletten entnommen, somit sind noch mindestens 8 Blister unangetastet.

Würde man diese zu einer Sammelstelle bringen und dann an Patienten weitergeben in Zusammenarbeit mit Ärzten, würden wir einer Kostenexplosion von Medikamentenzahlungen und Zuzahlungen entgegenwirken. Die dafür für eine Stadt/Region extra eröffnete Abgabe-Sammelstelle würde mit fachkompetentem Personal besetzt werden.

Als positiver Nebeneffekt würden sogar neue Arbeitsstellen entstehen, in denen z. B. medizinisches Fachpersonal arbeiten könnte, das sonst auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelbar wäre, wie z. B. Pflegefachkräfte, die aus körperlichen medizinischen Gründen den eigentlichen Beruf nicht mehr ausüben können.

So kann man mit allen Medikamenten agieren, auch mit Injektionen etc. Das Ausmaß der Ersparnis wäre sehr groß. Man könnte zum Beispiel ein eigenes Unternehmen auf sozialer Basis erschaffen zum Wohle aller Bürger.

- Forderung nach Maßnahmen, die die Ausbreitung von Krankenhauskeimen verhindern. In Deutschland sterben jedes Jahr über 10.000 Bürger in Krankenhäusern an Krankenhauskeimen.
Dies ist leicht zu verhindern. Bei der Einlieferung eines Patienten, sollte dieser, in einem extra Raum, isoliert, erst mal einem Test unterzogen werden. In Holland wird die Verbreitung von Krankenhauskeimen so verhindert, bzw. minimiert.
- Klare Deklaration der Lebensmittel
- Intensivere und unangemeldete Kontrollen von Lebensmittelherstellern, Großbauernhöfen und Restaurants.
Nach Dänischen Vorbild. In Dänemark werden Smilys verteilt (4 Stufen), die etwas über die Qualität der Lebensmittel, bzw. über die Qualität der Speisen der Restaurants aussagen. Diese Smilys (Bewertungen) müssen, für jeden klar sichtbar, im Eingangsbereich des Lebensmittelmarktes/Hersteller bzw. des Restaurants ausgehängt werden. Der Verbraucher kann so sofort die Bewertung erkennen.
In Dänemark hat dieses Beurteilungsverfahren für eine deutlich höhere Qualität bei Lebensmitteln und zu einer Verbesserung der Qualität von Gerichten im Restaurant geführt.
- Gesunde und kostenlose Schulspeisung, von regionalen Anbietern
- Ausbau des Breitensports für Kleinkinder und Senioren
Alt und Jung müssen zusammengeführt werden.
- Ausbau des Sportangebotes auf dem Land.
- Sportpflichtstunden müssen in den Schulen eingeführt werden. Viele Eltern können ihren Kindern zum Beispiel das Schwimmen nicht beibringen. Es fehlt auch oft das Geld für das Hallenbad. Dort wird zuerst gespart. Schwimmen und Sport darf nicht zum Luxusgut werden. Sport muss Pflicht sein. Schulsport muss auch abwechslungsreich sein. Deshalb dürfen nicht weiterhin in großer Anzahl Schwimmbäder geschlossen werden. Ein gutes

AViP - Autofahrer- und Volksinteressenpartei

flächendeckendes Angebot an Schwimmbädern muss bestehen bleiben.

- Durch Mangel an Sport/Bewegung verfetten Kinder immer mehr. Krankheiten wie Diabetes erleben leider eine Hochkonjunktur bei Kindern. Das darf nicht sein. Auch Krankenkassen werden so erheblich belastet.
- Schulen und Sportvereine müssen wieder vernünftige Trainingsbedingungen zur Verfügung gestellt bekommen. Jugendvereine müssen bei der Jugendarbeit und dem Nachwuchs unterstützt werden. Die Jugendlichen sind dann auch weg von der Straße. Jugendarbeit muss generell mehr vom Staat gefördert werden.
- Auch Seniorensport sollte mehr gefördert werden, um bestimmten Krankheitsbildern, die im Alter auftreten, rechtzeitig entgegenzuwirken.

Forschung und Umwelt

- Förderung des Parteieigenen Wissenschaftlichen Rates, welcher wissenschaftliche Projekte entwickelt, analysiert und später evtl. veröffentlicht. Hier bilden Wissenschaftler und Erfinder ein Gremium. Analytisch wollen wir schauen, welche technischen Möglichkeiten und Innovationen Deutschland umweltfreundlich voranbringen.
Die AViP -Schwerpunkte Technik und Energie, ferner Forschung und Umwelt sowie auf unsere Homepage in der Rubrik Wissenschaftlicher Rat, werden deshalb in den nächsten Jahren mit weiteren Themen, Ausarbeitungen und Problematiken von der Partei ergänzt.
- Förderung von deutschen Patenten durch Tutoren (Unternehmen, Politik etc.).
- Förderung von Ideenschmiedern.
- Stopp von Fracking! Keine Chemie ins Trinkwasser. Energiekonzerne wollen in Deutschland Erdgas mithilfe giftiger Chemikalien fördern. Fracking kann unser Grundwasser gefährden und es kann Erdbeben auslösen.
Fracking muss deshalb im ganzen Bundesgebiet verboten werden, solange eine Gefährdung unserer Umwelt nicht völlig ausgeschlossen ist. Beim Fracking wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Boden gepresst, um Erdgas aus bis zu 5.000 Metern Tiefe zu fördern.
Die Gesteinsschichten werden durch das Wasser (durch den hohen Druck) praktisch aufgebrochen. Das Wasser wird durch die Erde sozusagen gepresst. Durch die dabei entstehenden Risse soll dann Erdgas aus den Bodenschichten entweichen können, die normalerweise gasundurchlässig sind. Das Problem sind vor allem die Stoffe, die dem Wasser dabei zugesetzt werden, was z. B. aggressive Säuren und giftige Korrosionsschutzmittel sein können. Auch hochgiftiges Quecksilber kann durch Fracking ins Grundwasser und Erdreich gelangen.
Leider kommt Fracking weltweit in der Gasförderung schon seit Jahrzehnten zum Einsatz!
Auch die zukünftigen Probleme, welche durch Fracking auf die Gesellschaft zukommen werden, kommen kaum zur Sprache. Zahlreiche Wissenschaftler gehen davon aus, dass in 25-40 Jahren, dass Wasser als Gemisch von Chemikalien, Giftstoffen und radioaktiven Stoffen hochkommt. Keiner wird sich dann um den Wiederabbau kümmern wollen.
Keiner weiß, was beim Sprengen des Schiefer mit dem Wasserquarzsandgemisch noch alles gelöst wird.
Wir Bürger wollen kein verschmutztes Trinkwasser!
Man kann also von mehrfach gefährlicher Förderung sprechen, denn zum einen sind weder die Langzeitfolgen der Chemie völlig abschätzbar, ferner weiß man nicht, in welchem Maße Fracking Auswirkungen auf tektonische Bewegungen hat (Erdbeben, Erdbewegungen) und drittens ist die Menge an verwendetem Trinkwasser angesichts der weltweit größer werdenden Wasserknappheit eine absolute Farce. Vor allem, weil durch das Fracking zusätzlich die vorhandenen Grundwasserreserven ggfs. vollständig verseucht werden.
Doppelte Lebensgrundlagenvernichtung und völlige Missachtung der Natur! Bitte immer daran denken: Wir Menschen sind nur Gäste auf diesem Planeten!

- Förderung von Wasseraufbereitung ohne Chemie. Durch Wasserspiralen, Kraftstoffspiralen einen Wirbel erzeugen (Wirbeltechnik) und damit werden die Schadstoffe im Wasser neutralisiert.
- Förderung Erzeugung humoser Erde
Nur ein Drittel der Erde ist landwirtschaftlich nutzbar, doch davon ist ein Sechstel krank. Und Jahr für Jahr gehen 0,3% bis 0,15% unwiederbringlich verloren.
- Deshalb bitte immer beachten: Unser Boden ist die Haut unseres Planeten.
Ein Deutscher Wissenschaftler hat 50 Jahre daran geforscht und Klärschlamm (gibt es Millionen Tonnen), der hochgiftig ist, mikrobiologisch aufgearbeitet und ihn damit in giftfreien und hochaktiven Humus verwandelt, genannt „HUMUNITE“. Er steht damit der Natur und dem Boden wieder als wertvoller Dünger zur Verfügung. Die Wurzeln bekommen so wieder die Mikrobiologie zurück.
Dieses Verfahren wird leider nur in 8-9 Kommunen eingesetzt.
- Verbot des Einsatzes von giftigen Pestiziden, z. B. in der Landwirtschaft (Thematik Bienensterben).
- Förderung von Abfallumwandlung in Energie und Straßenmaterial. Ein neues Verfahren durch Abfallentsorgung aller C- also kohlenstoffhaltigen Materialien. Eine Großanlage kann über oder unter der Erde gebaut werden und Strom erzeugen. Alle Abfälle, außer Metall und Glas, werden hier durch die Hydrogenisis verwertet. Rest ist dann noch Straßenbaumaterial.

Technik und Energie

- Einsetzen und Förderung schon vorhandener alternativer Energie
Z. B. Wasserkraft, Wasserstofftechnik, Solaranlagen, Biomasseheizung
- Energiesparsysteme im Haus und im Unternehmen
Neue Lichttechnik spart bis zu 80% Strom ein und die Leuchtkörper haben bis zu 5 Jahren Garantie. Die autarken Energieversorgungssysteme auf Dach und im Haus machen Menschen unabhängig von Monopolisten. Hier Fotovoltaik mit IONOTHERM-System. Hier werden der Nullleiter mit einer Phase nur verbunden. Einsparung 50% an Heizungskosten und Warmwasseraufbereitung.
Gesinterte Dachziegel (Ziegel mit verschiedenen hauchdünnen Metallschichten) liefern sofort jede Menge Strom ins Haus.
- Förderung und Einsatz von Sintertechnik

Sintern ist ein Verfahren zur Herstellung von Werkstoffen. Dabei werden feinkörnige keramische oder metallische Stoffe meist unter erhöhtem Druck auf Temperaturen unterhalb deren Schmelztemperatur erhitzt.

Der größte Vorteil des Sintern ist das Zusammenbringen von verschiedenen Ausgangsstoffen, welche sich auf andere Weise nur sehr schwer oder gar nicht zu einem neuen Werkstoff verbinden lassen. Anwendung, z. B. bei

keramischen Magneten oder in der Automobilindustrie (z. B. Bauteile für Motoren und Getriebe, Siebe, Filter, Dauermagnete oder Bremsbelege)

- Förderung von Großprojekten, die mit Fotovoltaikanlagen Strom speichern können. Im Verhältnis 1 zu 20, heißt 1 KW, erzeugt dann 20 KW Das ist ein schon lange bekanntes UR-deutsches Verfahrenssystem.
Die gewonnene Energie wird über Heißdampf zur Kühlung und Gewinnung von flüssigem Stickstoff genutzt, der dann wieder an die Luft gelassen, einen Generator antreibt. Kann Atomkraft ersetzen. Sonne und Stickstoff sind unendlich vorhanden.
Die AViP steht damit zur Förderung und Einsatz von Fotovoltaiktechnik (Solarmodule, Solarzellen, Solaranlagen, Sonnenkollektoren)

Behinderung/Schwerbeschädigt

In Deutschland leben etwa 8,7 Millionen Menschen mit einer anerkannten Behinderung, 7,1 Millionen Menschen davon gelten als schwerbehindert. Das heißt, etwa jeder zehnte Einwohner in Deutschland ist behindert. Drei Viertel sind älter als 55 Jahre. Gut ein Viertel (ca. 29 %) der schwerbehinderten Menschen sind über 75 Jahre. Etwa die Hälfte (46 %) gehört zur Altersgruppe zwischen 55 und 75 Jahren. Das zu den Fakten!

Nach Meinung der AViP ist Deutschland nicht behindertenfreundlich genug. Für Menschen mit Behinderung muss mehr getan werden. Behinderte Menschen werden in Deutschland leider zu oft ausgegrenzt. Sie trauen sich deshalb oft schon gar nicht mehr aus dem Haus. Mehr Integration und nicht Ausgrenzung ist gefragt. Jeder kann mit einer Behinderung auf die Welt kommen oder durch unglückliche Umstände auf einmal behindert sein. Das würde dann bei vielen Menschen schnell den eigenen Blickwinkel verändern. Bitte seien Sie deshalb dankbar, wenn Sie gesund sind und unterstützen Sie die Integration behinderter/schwerbeschädigter Menschen in unser Gesellschaftsbild.

Deshalb fordert bzw. würde die AViP bei einer Regierungsbeteiligung versuchen, folgende Punkte für behinderte Menschen umzusetzen:

- Freie Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Ermäßigte Eintritte für Kultur und Kino (Veranstaltungen).
- Kostenfreie Mitgliedschaften bei Automobilclubs (bei Behinderungsgrad 50% oder mehr).
- Schmerzmittel (Medikamente) ohne Zuzahlung (krankheitsverlaufbedingt).
- Staatliche Förderung bei Bezug/Umbau behindertengerechten Wohnraums. Mindestens 4.500 Euro (bisher 2.500 Euro)
- Anhebung des Steuerfreibetrages ab 50% oder mehr.
- Krankenuntersuchungen jährlich kostenfrei.
- Einführung einer Art Freiwilligendienst. Gesunde Menschen, die Behinderte, welche nicht mehr allein zurechtkommen, im täglichen Leben unterstützen, Ihnen täglich zur Hand gehen.
- Die freiwilligen Helfer sollten steuerliche Vergünstigungen bekommen.
- Vernünftige staatliche Anlaufstelle (Hilfstelefon).
- Vergünstigungen bei Handytarifen, Telefon und Internet.
- Generelle GEZ Rundfunkgebührenbefreiung.
- Neue verkehrsorientierte Konzepte zum Thema Parkerleichterungen.
Behörden, Öffentliche Gebäude, kulturelle Einrichtungen mehr behindertengerecht umbauen.

Lebenshaltungskosten

- Gas, Öl, Wasser, Strom, Benzin etc. müssen bezahlbar bleiben. Hier muss der Staat aufpassen und notfalls regeln. Evtl. muss der Staat die Preistreiberei stoppen. Der Staat hat eine Fürsorgepflicht für die Bürger.
- Energiewende muss besser erklärt werden (Aufklärung, Werbung, Sinn).
- Regulierung der Banken, Versicherungen, Lobbyisten (Strom, Gas). Die Macht muss eingeschränkt werden. Freier Wettbewerb ja, aber nicht auf den Rücken der Bevölkerung!
- Wasser ist Menschenrecht. Wasser darf nicht zur Handelsware werden. Deshalb Verbot von Spekulationen an der Börse mit Wasser und Lebensmitteln. Keine Privatisierung von Trinkwasserzugang.
Einklagbarkeit des Rechts auf Wasser.

Tierschutz

- Artgerechte Haltung (Hühner, Schweine, Kühe etc.).Keine Legebatterien.
- Jedes Haustier sollte gechipt werden! Damit läßt sich der Besitzer leichter ermitteln. (so Reduzierung der Aussetzung von Tieren).
- Gesetze und Strafen beim Tierschutz auch anwenden.
- Keine Tierversuche (Lippenstifte, Make Up etc...) Ausnahme, wenn es um schwere Krankheiten beim Menschen geht. Immer noch sterben jährlich Millionen Mäuse, Ratten, Meerschweinchen, Kaninchen und andere Nagetiere...aber auch Katzen, Hunde oder Affen an grausamen Tierversuchen.
- Abschaffung aller Tötungsstationen EU-weit (weltweit).
- Das Verbot des Verkaufs ausländischer Hundewelpen mit unbekannter Herkunft auf dem deutschen Markt.
- Tiere sind keine „Sache“ oder „Dinge“. Es ist einwandfrei belegt, dass Tiere Gefühle, Emotionen, Empfindungen von Schmerz etc. haben. §90a BGB ist zu überdenken (Scheinparagraph).
- Großflächige Fensterfronten in Waldgebieten sollten entsprechend beklebt werden, da Vögel immer wieder gegen Scheiben fliegen. Zum Beispiel, wer an Wäldern, Naturschutzgebieten etc. wohnt, sollte das beachten.
- Tierheime sollten besser finanziell unterstützt werden. Tierheime müssen gerettet werden. Auch Manpower nutzen (z. B: tierliebe Arbeitslose als Helfer, zum Beispiel fürs Gassi gehen). Spenden an Tierheime sollten doppelt abzugsfähig sein.
- Delfinarien sind keine artgerechte Haltung. Die AVIP ist klar dagegen.
- Zoo. Bitte keine Wildtiere! Es sei denn, Zucht (nur bei aussterbenden Tierarten und dann späterer Auswilderung). Dass Tiere aus der freien Natur gefangen werden, um sie unter Missachtung ihrer Bedürfnisse als Attraktionen im Zoo, Zirkus oder Freizeitpark vorzuführen oder aus Sammelleidenschaft privat zu halten, ist nicht zu billigen. Schaffung von optimalen Lebensbedingungen in freier Wildbahn.
- Pelzmode ist Qualmode. An den grausamen Methoden der Haltung von Pelztieren hat sich leider nichts geändert.
- Klare Stellungnahme zur Hundetötung. Hundetötung muss bekämpft werden.
- Das Ende aller Patente auf Tiere. Denn Tiere sind keine Erfindung des Menschen, und Patente treiben außerdem die Zucht weiter an.
- Artgerechte Mast (z. B.: die Moschusente, gilt als Delikatesse). Kaum bekannt ist, unter welchen Stress die stark territorialen Tiere bei der Masthaltung leiden).